

hängen Bayern durch eine politische Welle abzulinden. Es wurde zwar eine Kommission in Berlin empfangen, es kamen aber keine weitreichenden Entscheidungen.

Die Angelegenheit hängt davon vollständig von den Auseinandersetzungen und dem zum Beweise des Rechts der Bayern Form und Ausfall her.

Boz.: Das gehört aber wirklich nicht hierher. Als der Anwalt in seiner Darstellung bis auf den Weltfrieden zurückgeht, ist der Richter erneut zum Thema.

Boz.: Es ist nicht die Rede von der Prozessurteil in Form von Anwalt. Ich stelle mich dafür für die Verfügung. Die erste Anbringung von Anwalt für den Erfolg in Beiseinheit von eine Sachverhalte besichtigt worden ist.

Boz.: Es sollen die Feststellung der Anwaltkörper voranläßt haben.

Boz.: Ich lege nicht, daß ich mich mit zwei Personen in Verbindung geben habe, um die Anwaltkörper abholen zu lassen.

Boz.: Was über früheren Anträge sind es fünf Fälle.

Boz.: Das weiß ich nicht. Für mich handelt es sich nicht um Einzelheiten.

Boz.: Die Einzelheiten sind aber für das Gericht sehr wichtig. Früher habe Sie Anträge angegeben über die Zusammenlegung und Wirkung der Anwaltkörper.

Boz.: Es war verabschiedet worden, daß keine Anträge mehr gemacht werden könnten, und die früheren Anträge sind abgelehnt worden.

Boz.: Der Richter bemerkt, daß zwei der angelegten Zeitungen lesen und verwelt ihnen das ist ungehörig.

Boz.: Ich habe die Anwaltkörper verteilt. Ich sage nicht, an wen und in welcher Richtung.

Boz.: Warum sind Sie nicht in einen Laden gegangen und haben folgende „große“ gekauft?

Boz.: Das war eine Spielerei gewesen. Es handelte sich aber um eine ernsthafte Bewegung.

Boz.: Wenn ich Sie recht verstanden habe, so wollten Sie einen besonders leichten Anwalt erzielen. Derartige Anwaltkörper gibt es in Läden zu kaufen. Warum wählten Sie den Umweg?

Boz.: Daran habe ich nicht gedacht.

Boz.: Wäber sollte der fogenannte „Geuer“ wissen, so wenn die Demonstrationen stattfinden? Wer weiß nicht der Geuer alle Anträge kommen.

Boz.: Wir baden, man würde es schon merken.

Boz.: Man hat es aber zuerst nicht gemerkt.

Boz.: Als wir haben die ersten Anwaltkörper keine Wirkung hatten, und daß die Bayern die Aktion als Ansturm begründeten, entließen wir uns in München. Demnach ist die Bewegung im Gang. Wir wollten den deutschen Unterhändler Gelegenheit geben, daran hinzuweisen, daß die deutschen Bayern nicht in der Lage und nicht willens seien, die Mittel für die Reparationen aufzubringen. Wir wollten den Unterhändlern den Willen fließen. Wir wollten den deutschen Unterhändler miteinblicken gemacht hätten, so hätten sie aus den Demonstrationen Nutzen ziehen können. Das besam einen Stoff, mit dem vergrößerte Demonstrationen hervorgerufen werden sollten. Ich vergrößerte die Polizei und brachte sie unter. Wäber 1929 wurde mit neuem Energie. An 31. Januar reitete ich „mit Mühlstein“ auf das Republikanengesetz ins Anselm.

Stegerwald und die Metallindustrie

Waldarbeiterminister Stegerwald wehrt sich gegen den Vorwurf, daß er vor den Führern der Metallindustrie zu stehen, sei, als er die Beschäftigten auszuheben, bei der Verteilung von Aufträgen die Berliner Metallindustrie nicht zu übersehen.

In einem aus dem Reichsarbeitsministerium kommenden Communiqué wird dazu gesagt: „Der in Frage stehende Vertrag vom 30. Juli trifft allgemein von einem hohen Verhalte und wendet sich nicht gegen bestimmte Firmen. Selbstverständlich nur im Hinblick des Reichsarbeitsministers, in den Vertragsspreiz wird mittels eingeleitet. Nachdem die Verhandlungen aber weiter zu keinem Ergebnis geführt hätten, mußte die rechtliche Verteilung der Einzelverträge den zuständigen Stellen überlassen werden. Ein begründeter Anlaß, die Berliner Firmen von Staatsaufträgen auszuschließen, lag nicht vor. Ein solches Vorgehen hätte bestimmt auch nicht in Interesse der Angehörigen selbst gelegen, denn nicht in Berlin lediglich noch mehr Entlassungen von Angehörigen und Arbeitern erfolgt.“

Berlin-Diktators Rongreß auf die

Waldarbeiterminister Stegerwald wehrt sich gegen den Vorwurf, daß er vor den Führern der Metallindustrie zu stehen, sei, als er die Beschäftigten auszuheben, bei der Verteilung von Aufträgen die Berliner Metallindustrie nicht zu übersehen.

Lima, 27. August.

Der durch die Militärs abgesetzte Diktator von Peru, Agustín, hat seine Fingst nach Panama nicht durchzuführen können. Er hat stattdessen sich auf den venezolanischen General „Alfonso Grau“ und ununterstützt vor Callao, dem Hafen von Lima. Der Kreuzer General Grau von der neuen Militärgewalt, dessen Führung General Manuel Pardo übernahm, ein zweifelhafte Ultimatum, sich dem neuen Regime zu fügen oder verstoßt zu werden. Der Kommandant des Kreuzers erprob sich und wehrt nun an der Ober, was mit dem Expeditionsregime geschehen soll.

In der Hauptstadt Lima ist die Erregung der Bevölkerung, die sich aber trotz des stillschweigenden Temperaments der Peruaner niemals in Gewaltthaten entladen hat, beginnend abgebeht. Die Gefährliche, die sofort geschloßen hat, wemhin schloßen sich wieder zu öffnen. Reihenwillen durchziehen die Straßen und führen öffentliche Gebäude und Banken. Das peruanische Volk, das in allgemeinen für den Tag in tiefen unruhigen Seiten bemerkenswerte Gefühlsregung zeigt.

Unsaubere Reklame im sauberen Land

Züringer Zrogen an Frid

Mitten im Wahlkampf soll die Nationalsozialisten die Sorge über Zukunft. Sie wissen, daß die ihre Anhänger, die sie durch hemmungslos Anreizern ausgenossen haben, enttäuschen müssen. Sie haben also schon angekündigt, daß sie keine wirtschaftlichen Experimente machen können. Ihr eigentliches Zielgeschäft sind heute die Mitarbeiter in den Einzelparten. Das haben die Leute, die ihnen nachlaufen, wenig. Da hat sich auch in Thüringen gezeigt, wo Dr. Frid nicht über macht, aber eine wirkliche Zerstörung nicht einmal angeht hat. Er hat heute auch keine Zeit, so wo weniger, da ein großer Teil seiner Zeit durch Beschäftigung ausgefüllt wird. Der Wandel an Zeit und Gefolge wird ersetzt durch eine Selbsttätigkeit, die an Nicht-Richtigkeit kaum zu übersehen ist. Sie geht allmählich den Bundesgenossen der Nationalsozialisten auf die Person.

So erklärt die Reichsfinanzpartei in Thüringen einen offenen Brief unter der Überschrift „Send uns den Frid, Herr Minister Frid“. Darin wird er gefragt, was er zu einem Vertreter seines Kollegen Coblenz gele, in dem es heißt, Frid habe aus Thüringen wieder ein deutsches Land der Sauberkeit gemacht. „Sind Sie, so wird da gefragt, noch nimmer adominanter Mitarbeiter in Thüringen übergeben davon, daß Sie ein unbedeutendes Land der Unsauberkeit vorgehalten hätten? Wäber wird der Minister Frid gefragt, was er also immer gelassen hat, was er machen verhandeln habe als seine Koalitionspartner. Schließlich wird er aufgefordert, dem klumpen Wahlmanöver, das auf Kosten seiner Glaubwürdigkeit, seinen Unanständigkeit und seines Ansehens gehe, öffentlich entgegenzutreten.

Außenpolitik der Reichswehr Abteilung „Fremde Seere“

In den Erörterungen über die außenpolitische Richtung innerhalb der Reichswehr-Gemeinschaft, die Zusammenhang mit dem Richtzitt des Generalobersten Seyd vielfach in der Öffentlichkeit geflohen wurden, nimmt heute das Zentralorgan der Seemarinepartei, die „Germania“, sehr bemerkenswerte Stellung.

Das Blatt stellt fest, daß alle bisherigen Reichswehr-Erörterungen den Einbruch nicht zu verdrängen vermögen. Die Reichswehr-offiziere des Ministeriums außenpolitische Forderungen verfolgen, von denen man nicht annehmen kann, sie wären beifällig mit der Politik des Reichskabinetts. Die Abteilung „Fremde Seere“ im Truppenamt habe die Entwicklung in den Auslands-Armeen zu studieren. Am Ende „immer wieder Aufregungen, sei es des Generals von Sommerfeld, sei es der ihm unterstellten mit Auftrieb aufstrebenden Offiziere, bekanntem, daß die nicht die Beifügigkeit der Polen Arme erziehen, sondern darüber hinaus Anerkennung, so fogen Kampfpfeife für die Gemüts als Fraktion der Weltteil erfüllt. Wenn es auch sehr schwer ist, in jedem einzelnen Fall nachzusprechen, ob es gemadit worden sind oder, wenn das der Fall nicht ist, inwiefern sie entfallen und übertrieben wurden, so ist doch der Einbruch nun einmal vorhanden, daß sich mitunter innerlich unterhalten und Auftrieb aufstrebenden Offiziere, bekanntem, daß die nicht die Beifügigkeit der Polen Arme erziehen, sondern darüber hinaus Anerkennung, so fogen Kampfpfeife für die Gemüts als Fraktion der Weltteil erfüllt.

„Darf man“, so fährt die „Germania“ fort, „die Frage stellen, ob die dem General von Sommerfeld untergeordnete Politik nicht in gewissen führenden Kreisen der deutschen öffentlichen Meinung Zustimmung findet? Wird nicht ebenfalls davon, die vorerfahrene Erinnerung des Generals von Sommerfeld zum Reichswehr Generalobersten Seyd solle nicht ganz ohne warmem Empfehlung von Seiten des Auswärtigen Amtes sein.“

Das Zentralamt läßt auf die Ausführungen nach eine feine englische Stellungnahme zugunsten des nicht angeführten Generals von Götlicher. Gerade dieser General habe in

Das ist zu fagen, daß der Minister Frid in der Öffentlichkeit bis heute auch noch nicht den bekannten, völlig unzutreffenden Ausstellungen entgegengetreten ist, noch denen er auf größere Teile seiner Dienstgebiete, wie einmal gelobt wird, zugunsten des Bundes Thüringen und ein anderes Mal zugunsten der Grenzschleife, bezoglich haben soll. Das ist nicht zu bestreiten, daß auch dieser nicht nationalsozialistische Militärsführer, der sich nicht nur in der politischen und langmütigen Thüringer Koalitionsgesamtheit der Nationalsozialisten die Stelle überlassen beginnt.

An einer Sitzung des fünftägigen Ausschusses des Landtages, in der über die Reichswehr verhandelt wurde, wies übrigens der Finanzminister Baum darauf hin, daß Dr. Frid im Reichstag eingetreten sei, die Durchführung der Vierzehntage der Gemeinden zur Pflicht zu machen. Diese Vierzehntage wird brauchen im Land von den Nationalsozialisten und Kommunisten als „Regerieue“ bekämpft.

Nach Hindenburgs?

Oberhausen, 27. August / Ulstein-Nachrichtendienst Die gestrige Verammlung der Nationalsozialisten in Oberhausen, in der der Schriftleiter Alfreds (Effen) sprach, wurde von der Politik wegen Verstoßes gegen das Reichsblattsgebot aufgelöst. Der Redner hatte gesagt: „Wir wollen die Köpfe brechen, die den „Dunung-Volk“ untergeordnet haben.“ Darauf erfuhr man vom Redner der Red: „Nach Hindenburg?“ Der Redner erklärte, daß man Hindenburg wegen seines Alters fähig und als Schulden in Staatsaffären Wäber betradte. Daraufhin erfolgte die Auflösung.

Bahöflich alles kann, die mit reformmäßigen Beschlüssen der Abteilung „Fremde Seere“ nicht in die Außenpolitik übergehen zu lassen.

Das Finanzprogramm der Regierung

Das Reichskabinet hat auch heute die Beratungen über die Finanzprogramme fortgesetzt. Sie sollen am Nachmittag zum Abschluß gebracht werden. Die vereinbarten Grundzüge des Finanzprogramms und der Staatsgestaltung sollen dann der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Staatspartei in Wilmersdorf

Dem Wäber zu einer öffentlichen Rundgebung des Reichstreffens Potsdam II der Deutschen Staatspartei in den Spichernfeldern hatte Hunderte Folge geleistet. Das Redeangebot war mit einer großen schwarz-goldenen Faggade geschmückt.

Der Spitzenkandidat, Staatsrat Dr. D. Oskar Meyer, legte in großen Zügen die Haltung der Deutschen Staatspartei zu den aktuellen Fragen - Finanzprogramm, Reichsreform, Vertrauensverhältnis - dar. Aus der Zusammenfassung, was in der Sitzung nach in ihrem Verlauf wurde die in der Staatspartei vereinbarte politischen Gruppen unterbrecht an ihren Grundfragen festhalten, zu denen, so erklärte der Redner unter lebhafter Zustimmung der Verammelten, die unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung und ihrer Symbole, Gleichberechtigung der Städte und der Reichsteile und ein verbindliches Volkstum gehören.

Der Führer des Reichstreffensverbandes der Angehörigen, Wilhelm Schickler, und der nationalsozialistische Reichstreffensleiter Dietrich besaßen sich eingehend mit dem Programm der Reichstreffensleiter, das entscheidend nicht durch eine Verbesserung der Verfassung, sondern nur durch eine grundsätzliche Änderung der Reichsregierung beeinflusst werden könnte. Bei den Klagen über den Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung wurde man nicht nur immer an die Verfallenden denken, die zum Teil ausbleiben - vor allem in der Kombination - die finanzielle Unterstützung in unzulänglicher Weise ausfallen, sondern auch an die Arbeitslosen, die die Arbeitslosenunterstützung auf eine Verbesserung gegen Konjunktur verwenden.

Ausgebliebene Wänder-Einladungen

Paris, 27. August Das nationalsozialistische, dem französischen Generalstab nahestehe „Echo de Paris“ sagt die darüber auf, daß es von den Verantwortlichen der beiden Staatsparteien die Wänder-Einladungen erhalten haben, mit Ausnahme des französischen, des belgischen und des politischen Wäanders. Der Berliner Reichstreffensleiter des „Echo de Paris“ behauptet, daß diese Haltung der Reichsregierung gegenüber Frankreich auf die Okkupation des Saargebietes, gegenüber Belgien auf Eupen und Malmedy, und gegenüber Polen als auf den Korridor zurückzuführen sei. Die Tatsache, daß England zu den Wänderern eingeladen wurde, ist keine Wänderung, die ein gezieltes von den Wänderern aufzufassen, die Hindenburg vom Reichlichen Seite entgegenzuziehen.

Das „Echo de Paris“ geht in seinen Schlußfolgerungen sehr. Dem antwortet deutscher Seite wird eine andere und einleuchtendere Begründung gegeben. Die deutsche Regierung hat jene Einladungen zu den Wänderern nicht erlassen, die ihrerseits Einladungen zu den Wänderern an Deutschland haben ergehen lassen. Diese Einladungen sind England, Italien, die Tschechoslowakei und Amerika, Frankreich, Belgien und Polen haben bisher Deutschland übergeben. Es lag daher keine Möglichkeit vor, die Wänderer durch gezielte Einladungen zu den Wänderern zu bitten.

Richard Katz.

Die Londoner Einladung

Reichsarbeitsminister Stegerwald hat die Anfrage des englischen Arbeitsministeriums, ob es geneigt wäre zu einer Besprechung über die Regelung der Arbeitszeit im Bergwerk im September nach London zu kommen, in positivem Sinne beantwortet. Die Londoner Besprechung soll aber erst nach der Reichstagswahl stattfinden.